

8/91 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundes-
kanzler
Helmut
Kohl:

Wir zeigen Solidarität

Bundeskanzler Helmut Kohl gab vor der Bundespressekonferenz in Bonn am 28. Februar 1991 folgende Erklärung ab:

Wir alle haben Grund zur Freude über das bevorstehende Ende des Krieges, über das Ende der Leiden der davon betroffenen Menschen. Der Sieg der Alliierten unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika ist ein Sieg des Rechts über das Unrecht, ein Sieg der Freiheit über die Gewalt.

Kuwait ist wieder frei; seine geschundene Bevölkerung kann aufatmen, kann ein neues Leben beginnen und sich an den Wiederaufbau ihres zerstörten Landes machen.

Mit den jetzt bekanntwerdenden Greueln an unschuldigen und hilflosen kuwaitischen Bürgern, mit der Zerstörung der Lebensgrundlagen Kuwaits hat Saddam Hussein einmal mehr sein wahres Gesicht gezeigt.

Die Völkergemeinschaft, unter Führung der Vereinigten Staaten, hat seit dem irakischen Überfall Kuwaits mit großer Geschlossenheit reagiert.

Sie hat den Aggressor schließlich gezwungen, seiner geschlagenen Armee den Rückzug zu befehlen.

Es ist den Streitkräften der Alliierten auch gelungen, Saddam Husseins Plan zu vereiteln, sich das Gros seines Aggressionspotentials zu erhalten und seine

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Außenpolitik

Generalsekretär Volker Rühle: Die Amerikaner sehen die Bedeutung des deutschen Beitrags für die Stabilität in Europa. Seite 6

2+4-Vertrag ratifiziert: Helmut Kohl: Ein guter Tag für die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Seite 9

● Wohnen

Dietmar Kansy: Sozial erträgliches Mietniveau durch Wohngeld. Seite 15

● Nordrhein-Westfalen

Landesparteitag in Bielefeld: Unsere europäische Verantwortung: Frieden in Freiheit. Seite 19

● Baden-Württemberg

Landesparteitag in Spaichingen: Erwin Teufel: Wir können 1992 die absolute Mehrheit erreichen. Seite 22

● Dokumentation

Frieden um jeden Preis? Die Irrtümer der deutschen Friedensbewegung. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

militärische Niederlage in einen Sieg umzumünzen.

Dies gibt Anlaß zur Hoffnung für die künftige politische Entwicklung im Irak selbst und in der Golfregion.

Es ging in diesem Krieg nicht um eine Auseinandersetzung mit dem irakischen Volk, das Saddam Hussein in zwei schwere, verlustreiche Kriege geführt und zu unzähligen Opfern gezwungen hat.

Ebensowenig ging es um eine Auseinandersetzung zwischen der westlichen Welt und den Arabern oder gar dem Islam.

Die Tatsache, daß arabische und islamische Staaten zum Kern der Allianz gegen Saddam Hussein zählten, ist hierfür ein klarer Beweis.

Nach dem Ende der militärischen Auseinandersetzungen wird es jetzt darauf ankommen, eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung für den Nahen und den Mittleren Osten zu schaffen.

Dies wird eine der großen Herausforderungen für die Politik der nächsten Jahre sein.

Die Politik darf nicht weiterhin vor der Aufgabe versagen, diese Region, in der drei Weltreligionen — das Judentum, der Islam und das Christentum — ihren Ursprung haben, zu stabilisieren und zu befrieden.

Große gemeinsame Anstrengungen sind erforderlich, um für alle Probleme der Region — hierzu gehören vor allem die Palästinenserfrage und der Libanon — Verhandlungslösungen zu suchen und zu finden.

Dabei muß die Sicherheit Israels garantiert sein.

Die Bundesregierung wird sich — zusammen mit ihren europäischen Partnern —

am Aufbau einer solchen Friedensordnung beteiligen.

Die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität des Nahen und Mittleren Ostens, mit dessen Völkern uns jahrhundertalte Beziehungen verbinden, ist für uns Deutsche von lebenswichtigem Interesse.

In einer schwierigen Situation haben wir die notwendigen Entscheidungen getroffen

Einige Anmerkungen zur Innenpolitik, vor allem zur Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Alle aktuellen Analysen bestätigen, daß wir es unverändert mit einer gespaltenen Entwicklung zu tun haben: Hochkonjunktur im westlichen Teil Deutschlands — demgegenüber im östlichen Teil Deutschlands eine außerordentlich schwierige Phase wirtschaftlicher Umstrukturierung und Neuorientierung. Dort ist der Abbau von Arbeitsplätzen unverändert deutlich höher als der Zuzug neuer Arbeitsplätze.

Was ist in dieser kritischen Zeit des Übergangs konkret zu tun?

Ich nenne vor allem drei Punkte:

Erstens müssen wir Verwaltung und Justiz in den neuen Bundesländern funktionsfähig machen.

Zweitens müssen wir die Finanzausstattung der Länder und Gemeinden in den neuen Ländern verbessern.

Drittens ergreifen wir zusätzliche Maßnahmen für mehr Investitionen und Beschäftigung.

Alle drei Aufgaben haben eines gemeinsam: Sie können nur erfolgreich gelöst werden, wenn der Bund und alle Länder — die alten und die neuen Bundesländer — sich dieser Gesamtverantwortung gemeinsam stellen.

Im zweiten Halbjahr 1990 — also nach Vollzug der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion — waren es zirka 35 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt für den östlichen Teil Deutschlands.

Im Jahr 1991 sind es mehr als 50 Mrd. DM. Allein aus dem Bundeshaushalt ergibt sich damit ein Gesamtbetrag von 85 Mrd. DM zugunsten der neuen Bundesländer.

Ferner hat die Bundesregierung in diesen Tagen das Gemeinde-Kreditprogramm für kommunale Infrastruktur-Investitionen von 10 auf 15 Mrd. DM aufgestockt. Beim Verwaltungsaufbau unterstützt die Bundesregierung — neben der Ents-

Erklärung des Bundeskanzlers vor der Bundespresskonferenz in Bonn

dung eigener Mitarbeiter — die östlichen Landkreise, Städte und Gemeinden bei der Gewinnung von Fachkräften für ihre Verwaltungen.

Das entsprechende Personalkosten-Zuschußprogramm für 1991 ist soeben von 50 auf 100 Mill. DM erhöht worden. Damit können bis zu 2000 Fachkräfte in die neuen Bundesländer entsandt werden.

Im Blick auf die schwierige Personalsituation im Bereich der Justiz hat das Bundeskabinett auf Vorschlag des Bundesjustizministers ein konkretes Sofortprogramm von jährlich 120 Mill. DM für

drei Jahre beschlossen. In Zusammenarbeit mit den westlichen Bundesländern können jetzt sehr rasch bis zu 2300 Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger in die neuen Bundesländer entsandt werden.

„Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“

Zur Finanzausstattung der neuen Länder und ihrer Gemeinden hat die Bundesregierung folgendes klargestellt:

Zur besseren Finanzausstattung der neuen Länder und ihrer Gemeinden hat die Bundesregierung auf ihren Anteil am Fonds Deutsche Einheit in Höhe von ca. 5 Mrd. DM verzichtet.

Die Koalition von CDU/CSU und FDP hat sich darüber hinaus auf ein „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“ mit einem Gesamtvolumen von 12 Mrd. DM verständigt. Fünf Mrd. DM davon sind vorgesehen für ein Sofortprogramm zur Unterstützung kommunaler Investitionen mit hoher Beschäftigungswirkung.

Das heißt konkret: Die Bundesregierung ist bereit, sofort eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung mit den neuen Bundesländern zu treffen. Sie ist notwendig, weil nach unserer Verfassung der Bund Kreisen und Kommunen nicht unmittelbar — das heißt ohne Einschaltung der Länder — Finanzmittel zur Verfügung stellen kann.

Ich gehe davon aus, daß dieses Geld dann bei den Ländern nur „durchgeleitet“ wird, das heißt den Landkreisen und Kommunen ganz direkt und ohne bürokratische Umwege zur Verfügung steht.

Dabei geht es um einen Investitionsbeitrag von etwa 300 DM pro Einwohner. Mit diesem Geld können Landräte und Bürgermeister in den neuen Bundesländern in einem stark vereinfachten Verfahren noch im April/Mai Aufträge vergeben, insbesondere zur Instandsetzung von Schulen, Altenheimen und Krankenhäusern. Diese Aufträge sollen vor allem den örtlichen Handwerks- und Mittelstandsbetrieben zugute kommen.

Darüber hinaus stellt die Bundesregierung ebenfalls im Rahmen des Gemeinschaftswerks ein Programm in Höhe von 7 Mrd. DM zur Verfügung, mit dem wir zusätzliche Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und für den verstärkten Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Gang setzen wollen.

Ich halte noch einmal fest: Wenn man das zusammenfaßt, was die Bundesregierung zugunsten der neuen Länder jetzt zusätzlich zur Verfügung stellt, dann ergibt sich ein Gesamtbetrag von 17 Mrd. DM — bestehend aus 5 Mrd. DM zur Stabilisierung der Haushalte von Ländern und Gemeinden und 12 Mrd. DM für das „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“.

Nimmt man die bereits genannten Leistungen des Bundes für die neuen Bundesländer für den Zeitraum Mitte 1990 bis Ende 1991 in Höhe von 85 Mrd. DM hinzu, dann ergibt sich ein Gesamtvolumen in Höhe von 102 Mrd. DM. Diese Zahl spricht für sich selbst.

Sie belegt, daß die Bundesregierung an die Grenze dessen gegangen ist, was finanz- und haushaltspolitisch noch vertretbar und möglich ist.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den beschlossenen Steuererhöhungen hinzufügen:

Die Bundesregierung stellt dieses Geld zu einem Zeitpunkt zur Verfügung, zu dem auch die finanziellen Verpflichtungen außerhalb der deutschen Grenzen erheblich zunehmen, und zwar in zweifacher Hinsicht:

Ich nenne erstens den Golfkrieg. Hierfür sind 1990 und im 1. Quartal 1991 insgesamt rund 15 Mrd. DM aufzubringen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat aus den bekannten verfassungsrechtlichen Gründen keine deutschen Soldaten an den Golf entsandt. Um so selbstverständlicher ist es, daß das wirtschaftlich starke Deutschland diesen finanziellen Solidaritätsbeitrag leistet. Diese 15 Mrd. DM, die wir im Zusammenhang mit dem Golfkrieg zu leisten haben, stehen jetzt für andere Aufgaben nicht zur Verfügung.

Zweitens: Der Handel innerhalb der Länder des früheren Ostblocks ist weitgehend zusammengebrochen. Davon betroffen sind in erster Linie Betriebe und Arbeitsplätze in der früheren DDR.

Die Bundesregierung hatte bereits im vergangenen Jahr nicht mehr damit gerechnet, daß der Export in die RGW-Länder und vor allem in die Sowjetunion in der bisherigen Höhe von jährlich etwa 30 Mrd. DM aufrecht erhalten werden könne.

Ich habe aber damals in Übereinstimmung mit vielen Sachverständigen wenigstens die Hälfte für weiterhin realistisch gehalten.

Niemand konnte damit rechnen, daß es nahezu zum völligen Zusammenbruch des RGW-Handels kommen würde.

Was dies konkret heißt, zeigt zum Beispiel die Tatsache, daß die fünf größten

Werften in Mecklenburg-Vorpommern zu über 60 Prozent von sowjetischen Aufträgen abhängen. Damit sind ca. 30 000 Arbeitsplätze verbunden.

Das heißt: Die unvorhergesehenen Entwicklungen durch den Golfkrieg und die dramatischen Ausfälle im RGW-Handel führen zu zusätzlichen Aufwendungen in Höhe zweistelliger Milliarden-Beträge. Ich sage noch einmal: Diese Beträge stehen für zusätzliche Maßnahmen zugunsten der neuen Bundesländer nicht mehr zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund und nach den bereits vorgenommenen Einsparungen im Bundeshaushalt 1991 stand die Koalition vor der Alternative:

- entweder Erhöhung der Nettokreditaufnahme
- oder Erhöhung der Steuern.

Die Erhöhung der Nettokreditaufnahme kam nicht in Frage, weil der Kapitalmarkt im Blick auf Zinsen und Geldwertstabilität nicht stärker in Anspruch genommen werden kann.

Angesichts der internationalen Bedeutung der D-Mark kann die Verantwortung Deutschlands für die Entwicklung auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten gar nicht hoch genug bewertet werden.

Damit blieb — als Grundlage einer weiterhin soliden Finanzpolitik — nur der Weg über die Steuererhöhung.

Zu den Beschlüssen selber möchte ich folgendes unterstreichen: Für mich war die Kernfrage: Wie können die Rückwirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung so gering wie möglich gehalten werden.

Denn über eines besteht kein Zweifel: Nur mit einer insgesamt weiter positiv verlaufenden Wirtschaftsentwicklung

können wir die anstehenden Aufgaben in den neuen Bundesländern bewältigen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die westdeutsche Konjunktur ganz beträchtlich von der zusätzlichen Nachfrage aus dem östlichen Teil Deutschlands profitiert.

Auf zwölf Monate befristet

Dieser wirtschaftlichen Gesamtsituation tragen unsere steuerpolitischen Beschlüsse Rechnung: So ist der Solidaritätszuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer auf zwölf Monate begrenzt worden, das heißt auf den Zeitraum vom 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992.

In dieser Zeit beläuft sich der Zuschlag zur Steuerschuld (nicht zum Einkommen!) auf 7,5 Prozent. Bezieht man diese Belastung auf das Gesamtjahr 1991 bzw. 1992, ergibt sich ein jährlicher Zuschlag zur Steuerschuld in Höhe von 3,75 Prozent.

Mit der eindeutigen Befristung auf 12 Monate ist für jedermann erkennbar, daß es sich um eine einmalige Zusatzbelastung handelt — also um eine Belastung, die die längerfristigen Planungen nicht beeinträchtigt und von daher auf Investitionen und Arbeitsplätze die gebotene Rücksicht nimmt.

Ich fasse zusammen: In einer schwierigen Situation haben wir die notwendigen Entscheidungen getroffen.

Insgesamt wird damit ein Gesamtkonzept verwirklicht, mit dem wir eine gute Chance haben, die vor uns liegenden schwierigen Herausforderungen vor allem im Interesse der Menschen im östlichen Teil Deutschlands zu bestehen. ■

Generalsekretär Volker Rühle:

Amerikaner sehen die Bedeutung des deutschen Beitrags für die Stabilität in Europa

Nach einer einwöchigen Reise in die Vereinigten Staaten zog Generalsekretär Volker Rühle nach Gesprächen, die er mit Verteidigungsminister Cheney, Sicherheitsberater Brent Scowcroft sowie mit Senatoren und Abgeordneten des Repräsentantenhauses führte, auf einer Pressekonferenz am 4. März im Konrad-Adenauer-Haus die folgende Bilanz:

Es gibt große Anerkennung in den USA für die Leistungen, die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten zur Unterstützung der Koalition im Golfkrieg erbracht haben, und dafür, daß wir sie prompt erbracht haben und Geld nicht nur angekündigt, sondern es auch tatsächlich überwiesen haben. Gerade in meinen Gesprächen mit Senatoren und Abgeordneten, die wissen, wovon sie reden, gab es große Anerkennung für den Mut im Hinblick auf das schwierige Steuerpaket, das hier geschnürt worden ist. Und die Amerikaner können sehr gut nachvollziehen, was es bedeutet, einen 25 Pfennig höheren Benzinpreis zu verlangen.

Entscheidend ist, daß die Amerikaner die strategische Bedeutung dieser Maßnahmen für einen schnellen Neuaufbau in Deutschland und für die Absicherung der jungen Demokratien in Zentral- und Osteuropa sehen, und damit auch die strategische Bedeutung des deutschen Beitrags für Stabilität in Europa. Es wird gesehen, daß die schnelle Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den

neuen Bundesländern und die Hilfe für die jungen Demokratien nicht nur im Interesse der Deutschen, sondern sowohl im Interesse der politischen Stabilität in Europa als auch im Interesse der Vereinigten Staaten liegen.

Es ist keine Frage, daß die Deutschen hier den Schwerpunkt ihrer politischen und außenpolitischen Aufgaben haben.

Ich habe deutlich gemacht, daß eine Beteiligung am wirtschaftlichen Wiederaufbau der Golfregion nicht die zentrale Verantwortung des deutschen Steuerzahlers sein kann. Das schließt einzelne deutsche Beiträge nicht aus, aber unsere Schwerpunkte liegen, nachdem wir unsere Solidarität für die Kriegsanstrengung der Alliierten gezeigt haben, in Deutschland und in Europa.

Im übrigen gibt es reiche Staaten in der Region, und es kann nicht angehen, daß nach diesem Konflikt die Reichen einfach in ihre Paläste zurückkehren und die Armen in ihre Hütten. Der soziale Ausgleich muß mit den Mitteln dieser Region geleistet werden. Auch der Irak ist potentiell ein superreiches Land. Wer mit einer Bevölkerungszahl knapp oberhalb der von Belgien ein 1-Millionen-Heer aufbauen kann, eine wirklich aggressive Mammut-Armee, und soviel Geld für Rüstung ausgeben kann, der könnte ein hochentwickeltes eigenes Land haben und hätte sogar noch Geld übrig, um ärmeren Nachbarn in der Region zu helfen.

Deutschlands künftige Rolle in der Welt

Einen großen Raum hat bei den Gesprächen die Frage nach der zukünftigen Rolle Deutschlands in der Welt eingenommen. Ich bin auf viel Verständnis gestoßen, daß das wiedervereinigte Deutschland seine neue außenpolitische Rolle erst noch finden muß. Dabei habe ich deutlich gemacht, daß es nicht darauf ankommt, Engländer, Franzosen oder gar Amerikaner zu kopieren.

Die Frage, die wir beantworten müssen, lautet: Wollen wir uns auch als wiedervereinigtes souveränes Deutschland auf Dauer deutlich von unseren Partnern unterscheiden? Wer das vereinte Europa bauen will, der kann sicherlich **nicht** sagen: Wir wollen uns auf Dauer von unseren Nachbarn in Europa unterscheiden. Wir müssen die Frage stellen: Was sind unsere Vorstellungen von einem zukünftigen Deutschland?

Wenn man die europäische Einigung erreichen will, dann muß man sich jedenfalls nicht nur über die Währung einig werden, sondern auch über entscheidende Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Deswegen muß die Diskussion über die Substanz geführt werden, und wir werden unseren Vorschlag einer Verfassungsänderung in den Mittelpunkt der Diskussion stellen.

Es geht um die Definition der außenpolitischen Rolle des neuen wiedervereinigten Deutschlands, und wir werden niemandem erlauben, nach Beendigung dieses Konflikts einfach wieder zur Tagesordnung überzugehen. Dies ist ein großes Thema, das der Klärung bedarf, und das Problem wird keineswegs dadurch gelöst, daß man die Verfassung dahingehend ändert, daß deutsche Soldaten mit Blau-

helmen ausgestattet werden können. Die Debatte muß umfassender angelegt werden.

Wichtig ist, daß wir auch in der Lage sein werden, europäische Interessen zusammen mit unseren europäischen Nachbarn „out of area“ — etwa im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) — wahrnehmen zu können.

Eines muß jedenfalls begriffen werden: Es kann nicht darum gehen, einfach an alten Gegebenheiten festzuhalten, sondern wir müssen die Flexibilität und die Vorstellungskraft aufbringen, dieses wiedervereinigte souveräne Deutschland auf die gemeinsamen Aufgaben in Europa im nächsten Jahrhundert vorzubereiten.

Im Rahmen der Westeuropäischen Union

Die Reputation Deutschlands, das Ansehen dieses Landes kann auf die Dauer nicht davon abhängen, wie leistungsfähig wir wirtschaftlich sind, welche Finanzzahlungen wir leisten, sondern wie weit wir ganz konkret auch bereit sind, außen- und sicherheitspolitische Verantwortung mit den Kollegen in den anderen europäischen Ländern zu übernehmen.

Zu den Gesprächen über die Nachkriegsordnung im Nahen Osten:

Es gibt Übereinstimmung, daß die Friedenslösung vor allem aus der Region selbst kommen muß. Auch die Amerikaner werden keiner Seite ihre Vorstellungen aufzwingen. Unterstützung durch die USA und durch die Europäer, unser politisches Gewicht in die Nahost-Region einbringen — das ist auch im Interesse der Amerikaner.

Wichtig scheint mir zu sein, in dem Friedensprozeß pragmatisch vorzugehen. Es zeichnet sich schon jetzt ab, daß es eine

Friedenskonferenz erst dann geben kann, wenn man vorher zu substanziellen Fortschritten und Ergebnissen etwa auch in bilateralen Gesprächen zwischen den einzelnen Staaten der Region einschließlich Israels kommen kann.

Die Aufrechterhaltung des Friedens wird nur für eine kurze Übergangszeit durch die alliierten Streitkräfte erfolgen. An der irakisch-kuwaitischen Grenze soll eine UNO-Friedenstruppe stationiert werden, die möglichst nicht aus Staaten, die am Krieg beteiligt waren, besteht.

Für die Sicherheit der Region sollte dann langfristig eine Schutztruppe aus Einheiten der arabischen Staaten gebildet wer-

Frieden um jeden Preis?

Unter diesem Titel hat Generalsekretär Volker Rühe am 5. März eine Dokumentation über die Irrtümer der deutschen Friedensbewegung vorgelegt. — Sie finden diese Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.

den. Hier werden sicherlich insbesondere Ägypten und Syrien eine Rolle zu spielen haben.

Ich meine, daß vertrauensbildende Maßnahmen, wie wir sie in Europa angewandt haben, z. B. Beschränkung bei Militärmanövern, Offenlegung von Stationierungsorten, von Bewaffnungsstärken und ähnlichen Maßnahmen mehr, sicherlich hilfreich wären. Entscheidend ist es, daß Strukturen gefunden werden, um einen neuen Rüstungswettlauf in der Region zu vermeiden.

Keine Frage auch, daß sich die Bedeutung der PLO durch das Verhalten ihrer Führung deutlich abgeschwächt hat, aber richtig ist auch, daß ohne die Mitwirkung der Palästinenser kein gerechter Frieden in der Region gefunden werden kann. ■

„Friedensbewegung“

Wo bleibt der Protest für Kuwait?

Zum Schweigen der deutschen „Friedensbewegung“ zu den Menschenrechtsverletzungen in Kuwait erklärte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl:

Als am 2. August 1990 und danach die schlimmen Bilder vom brutalen Überfall Saddam Husseins auf Kuwait gezeigt wurden, sah und hörte man nichts Nennenswertes von der deutschen „Friedensbewegung“.

Als dann im Januar 1991 die UN-Resolutionen durchgesetzt werden mußten, war die „Friedensbewegung“ sofort massenhaft auf der Straße. Die Menschen sollten weiße Laken aus den Fenstern hängen. Doch leider kam nicht nur der Wunsch der Menschen nach Frieden hervor, sondern auch reiner Antiamerikanismus.

Jetzt deckt die Befreiung des überfallenen Landes zunehmend die am kuwaitischen Volk begangenen unsäglichen Menschenrechtsverletzungen auf. Die Bilder frisch angelegter Massengräber, Berichte über bestialische Verstümmelungen machen fassungslos und tief betroffen. Nach kuwaitischen Angaben sind während der Besetzung Kuwaits 33.000 Kuwaiter verschwunden. Allein 8.000 Menschen sollen in den letzten Kriegstagen verschleppt worden sein.

Wo bleibt dazu der Protest der deutschen „Friedensbewegung“? Ihre politischen Wortführer sind weggetaucht. Jetzt, wo die Wahrheit ans Licht kommt, schweigen sie. Warum? Das Schweigen erschüttert die Glaubwürdigkeit der sogenannten „Friedensbewegung“ schwer. ■

2 + 4-Vertrag ratifiziert

Helmut Kohl: Ein guter Tag für die deutsch-sowjetischen Beziehungen

Der Oberste Sowjet hat am 4. März drei völkerrechtlichen Verträgen zugestimmt, die für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion von entscheidender Bedeutung sind. Es handelt sich:

Erstens um den Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland — den sogenannten „2 + 4-Vertrag“. Dieser Vertrag ist der völkerrechtliche Schlußstein der deutschen Einheit.

Zweitens um den Vertrag vom 9. November 1990 über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Dieser erste vom vereinten Deutschland geschlossene politische Grundlagenvertrag — der vom Bundeskanzler und von Präsident Gorbatschow persönlich unterzeichnet wurde — ist das Fundament für einen zukunftsgewandten Ausbau der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Drittens um den Vertrag vom 9. November 1990 über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik. Dieser Vertrag steht in der Kontinuität der traditionellen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und öffnet den Weg zu ihrer langfristigen Fortentwicklung unter europäischen Vorzeichen.

Bundeskanzler **Helmut Kohl** erklärte zu

der Annahme dieser Verträge durch den Obersten Sowjet: Dies ist ein guter und entscheidender Tag für die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Es besteht jetzt die berechtigte Erwartung, daß das deutsche Volk und die Völker der Sowjetunion in Zukunft in guter Nachbarschaft und partnerschaftlicher Zusammenarbeit miteinander leben können. Dies ist zugleich eine Botschaft der Hoffnung und des Friedens für ganz Europa.



Gorbatschow hat sich durchgesetzt

Zur Ratifizierung des 2 + 4-Vertrages im Obersten Sowjet erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

Schließlich hat auch Moskau — den jüngsten Störmanövern einiger Militärs zum Trotz — den Vertrag zur Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands ratifiziert. Die Geschichte der Nachkriegszeit ist damit formell abgeschlossen. Die Bundesrepublik Deutschland ist auch de jure nicht länger Objekt der Siegermächte des II. Weltkrieges, sondern freies Subjekt in der Gemeinschaft der Staaten. Daß der Oberste Sowjet diesen bedeutungsvollen Wandel unterschrieben hat, gibt Anlaß zur Erleichterung.

Präsident Gorbatschow hat sich durchgesetzt und Kurs gehalten. Die gegen ihn

gerichtete Opposition von Militärs und unbelehrbaren Hardlinern hat sich doch nicht als so stark erwiesen, wie es zuletzt den Anschein hatte. Dies läßt für die zukünftige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hoffen. Der unermüdliche Einsatz des Bundeskanzlers für eine Verständigung mit Moskau wird jetzt Früchte tragen.

Im Interesse der Sicherheit

Grundlage der Zusammenarbeit ist das Paket der im vergangenen Jahr zwischen Bonn und Moskau abgeschlossenen Verträge. Dazu gehört die Vereinbarung über den Abzug der sowjetischen Truppen bis 1994. Im Interesse der Sicherheit beider Staaten und ihres noch im Wachsen befindlichen Einvernehmens muß dieses Abkommen genau erfüllt werden. Wünsche nach Zusatzbestimmungen wären dem Vertrauensverhältnis zwischen Bonn und Moskau nicht zuträglich.

Jedoch ist zu erwarten, daß die abschließende Regelung auch dieser Frage von der Sowjetunion bald ratifiziert wird. Ein Umbruch von historischer Tragweite, dessen wir uns immer wieder bewußt sein sollten, wird damit seinen Abschluß finden.

Baltikum

Unabhängigkeit steht auf der Tagesordnung

Die Volksbefragungen in Estland und Lettland haben nach den Worten des Vorsitzenden der EVP-Fraktion, Egon Klepsch, in eindrucksvoller Weise bestätigt, daß die gewählten parlamentarischen Vertretungen beider Länder die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren.

Das Ergebnis hat dieselbe Aussagekraft wie die litauische Volksabstimmung. Sie machen deutlich, daß die Forderung nach Gewährung des Selbstbestimmungsrechts und der Unabhängigkeit für die 1940 okkupierten Baltenstaaten auf der Tagesordnung steht. Die Position des Europäischen Parlaments in diesen grundsätzlichen Fragen ist immer eindeutig gewesen und geblieben.

Klepsch: Wir erwarten, daß nunmehr Fortschritte bei den Verhandlungen zwischen der Moskauer Regierung und den Regierungen der drei Baltenstaaten Platz greifen.

„Willkommen in der Gemeinschaft“

Unter diesem Titel hat die Vertretung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland mit einer ersten Auflage von 200.000 Exemplaren eine Broschüre herausgegeben, mit der sie sich an die rund 16 Millionen Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR wendet.

„Willkommen in der Gemeinschaft“ soll nicht nur die neuen Bürger auch

in der Europäischen Gemeinschaft herzlich begrüßen, sondern bei ihnen auch den enormen Nachholbedarf an Informationen über die Ziele der EG-Politik und über das Funktionieren der Gemeinschaftsinstitutionen befriedigen.

Die Broschüre kann in der Vertretung der EG-Kommission der Bundesrepublik Deutschland bezogen werden: Zittelmannstraße 22, 5300 Bonn 1.

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ist zuversichtlich

Die wirtschaftliche Entwicklung im vereinigten Deutschland wird auch 1991 unterschiedlich verlaufen. Zu diesem Ergebnis kommt der am 5. März in Bonn veröffentlichte Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung. Im alten Bundesgebiet werden sich Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsanstieg fortsetzen. In den neuen Bundesländern sind weitere Anpassungen bei Produktion und Beschäftigung unumgänglich.

Im Westen Deutschlands ist die konjunkturelle Lage nach wie vor gut. Für 1991 kann mit einem Wirtschaftswachstum um 3 Prozent gerechnet werden. Die westdeutschen Ausfuhren werden nochmals kräftig um 6,5 bis 7 Prozent steigen. Der Zuwachs des privaten Verbrauchs wird um etwa 3 Prozent zunehmen.

Starke Wachstumsimpulse gehen weiterhin von den Investitionen aus. Erwartet wird ein Anstieg der Unternehmensinve-

Anhaltendes Wirtschaftswachstum im Westen

stitionen um 7 bis 8 Prozent. Kräftige Wachstumsimpulse sind auch von der Wohnungsbautätigkeit zu erwarten.

Das gute Investitionsklima wird einen weiteren Beschäftigungsanstieg sichern. Insgesamt wird mit 550 000 bis 600 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen gerechnet.

Unter Einrechnung der Steuererhöhungen wird bei verantwortungsvollem lohn- und preispolitischen Verhalten der Verbraucherpreisanstieg rund 3 Prozent betragen. In den neuen Bundesländern

werden die Preise vor allem wegen des schrittweisen Subventionsabbaus stärker steigen. Insgesamt wird dort aber das Verbraucherpreisniveau noch deutlich unter dem der alten Bundesländer liegen.

Umschwung im Osten im Laufe des Jahres

Der unvermeidliche Strukturwandel in den neuen Bundesländern wird sich nur mit einem dynamischen Aufholprozeß bewältigen lassen. In der Beschäftigungsentwicklung müssen zunehmend unproduktive und nicht wettbewerbsfähige Arbeitsplätze aufgegeben werden, um die notwendige strukturelle Erneuerung der Wirtschaft nicht zu verzögern.

In vielen Bereichen werden neue Arbeitsplätze entstehen. Neben dem Dienstleistungsbereich wird sich die Beschäftigungszahl vor allem in den Freien Berufen, im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Handwerk ausweiten. Viele neue Arbeitsplätze wird aber auch die Bauwirtschaft bereitstellen können.

Durch die Wahrnehmung von Beschäftigungsmöglichkeiten in den alten Bundesländern, Umschulungsmaßnahmen, die Inanspruchnahme von Vorruhestands- und Altersüberbrückungsregelungen und nicht zuletzt durch das Instrument der Kurzarbeit wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit gebremst werden können.

Der Jahreswirtschaftsbericht geht davon aus, daß die wirtschaftlichen Auftriebskräfte im Osten Deutschlands im Laufe dieses Jahres die Oberhand gewinnen werden. ■

17 Milliarden mehr in die Kassen der neuen Länder

Zur Einigung über die Finanzhilfen zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Matthias Wissmann**:

Die Neuregelung bei der Umsatzsteuer bringt jeweils zusätzlich 17 Mrd. DM für die Jahre 1991—1994 in die Kassen der neuen Länder. Für das Jahr 1991 stellt der Bund zudem weitere 12 Mrd. DM für Investitionen und Baumaßnahmen bereit. Mit diesem Finanzpaket haben die neuen Bundesländer nun den entsprechenden Spielraum, um die Wirtschaft in Gang zu bringen. Darüber hinaus sind die alten Bundesländer bereit, im Rahmen der Verwaltungshilfe den neuen Ländern zusätzlich Personal mit verbesserten Besoldungs- und Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Am Geld kann es jetzt nicht mehr liegen, falls in den neuen Ländern die Schwierigkeiten weiter anhalten sollten. Eigeninitiative ist gefordert. Jeder einzelne muß jetzt dazu beitragen, den Aufbau von wirtschaftlich darniederliegenden Gemeinden, Städten und Regionen zu bewerkstelligen.

Personalie

Der ehemalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident **Bernhard Vogel** ist als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung bestätigt worden. Bernhard Vogel übt dieses Amt seit März 1989 aus.

Kommentar

Solidaritätssignal

Wenn es nur am Gelde läge, müßte sich die wirtschaftliche Lage der ehemaligen DDR in der nächsten Zeit sichtbar zum Besseren wenden: Die alten Länder rücken nun endlich zugunsten ihrer neuen Kollegen bis 1994 insgesamt 17 Mrd. DM aus ihrem Anteil am Umsatzsteueraufkommen heraus. Das von den Altländern dabei in den letzten Wochen betriebene Pokerspiel hat sich für die neuen Länder zusätzlich ausgezahlt: Der Bund verzichtet nun ebenfalls auf seinen Anteil von 15 Prozent am Fonds „Deutsche Einheit“. Das macht in den nächsten vier Jahren weitere 14 Mrd. DM für die Neuen. Dazu kommen allein 1991 30 Mrd. DM an ohnehin vorgesehenen Fondsmitteln, 50 Mrd. DM netto aus dem Bundeshaushalt, zinsverbilligte Kreditprogramme in zweistelliger Milliardenhöhe, jeweils ansehnliche dreistellige Millionenbeträge aufgrund der Verwaltungshilfen von Bund und Ländern und schließlich das Bonner „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“ mit 12 Mrd. DM.

Handelsblatt

Nachwahl zum Präsidium des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 1. März den Regierenden Bürgermeister von Berlin **Eberhard Diepgen** und den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg **Erwin Teufel** zum 1. bzw. 3. Vizepräsidenten des Bundesrates und damit zu Mitgliedern des Präsidiums gewählt. Die Wahlen waren nach den Neubildungen der Landesregierungen in Berlin und Baden-Württemberg erforderlich geworden.

Investitionspauschale

Fünf Milliarden schnelle Hilfe für die neuen Bundesländer

Die Kommunalpolitiker der Union haben die Entscheidung, den Kommunen in den neuen Bundesländern sofort 5 Mrd. DM als Investitionspauschale für Instandsetzungen zur Verfügung zu stellen, begrüßt. Diese Investitionspauschale von rd. 300 DM pro Einwohner macht es möglich, daß breitgestreut rasch Aufträge vergeben werden, die Arbeitsplätze sichern und den sich entwickelnden heimischen Mittelstand stärken.

Das Instrument der Investitionspauschale ist unbürokratisch, da langwierige Antrags- und Bewilligungsverfahren entfallen, schnell wirksam, da die zuständigen Landräte und Bürgermeister die Aufträge sofort vergeben können, und selbstverwaltungsgerecht, da die Investitionen getätigt werden können, die vor Ort am dringendsten sind und damit am ehesten weitere private Investitionen auslösen.

Die Investitionspauschale kann auf der Grundlage einer einfachen Verwaltungsvereinbarung mit den neuen Ländern schon bald an die Kommunen ausgezahlt werden. Die Kommunalpolitiker vor Ort in den neuen Bundesländern sollten daher Prioritätenlisten erarbeiten, die Grundlagen rascher Entscheidungen bei der Auftragsvergabe sein können.

Adolf Herkenrath, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Kommunalpolitiker der Union begrüßen die Bereitschaft der Bundesregierung, den 15-v.-H.-Anteil des Bundes am Fond Deutsche Einheit den neuen Ländern zu überlassen, wenn die

alten Länder ihrerseits bereit sind, die Quote der neuen Länder an der Umsatzsteuer ab 1991 auf 100 v. H. aufzustocken. Die alten Bundesländer sind deshalb zu einer klaren positiven Entscheidung aufgefordert. Über den Finanzausgleich sind die Kommunen an der verbesserten Finanzausstattung der Länder von 10 Mrd. DM mit mindestens 2 Mrd. DM beteiligt.

Durch die Entscheidungen der Bundesregierung erhalten die Kommunen frei verfügbare Investitions- und Finanzmittel von 7 Mrd. DM im Jahr 1991. Die sich daraus ergebenden Impulse für die Wirtschaftsentwicklung kommen später wieder allen Gebietskörperschaften zugute.

Berichtigung

Im letzten UiD (7/91, Seite 7) wurden im Zusammenhang mit den Steuerbeschlüssen zwei Zahlen genannt, die wie folgt berichtigt werden müssen:

- **Arbeitnehmer mit 6.000 DM brutto und 2 Kindern: monatliche Mehrbelastung rund 147 DM (fälschlich hieß es: 104 DM).**
- **Arbeitnehmer mit 6.000 DM brutto, alleinstehend und ohne Kinder: monatliche Mehrbelastung rund 189 DM (fälschlich hieß es: 147 DM).**

Kommission „Enteignungen“: Noch vor dem Sommer erste Ergebnisse

Zur konstituierenden Sitzung der Kommission „Enteignungen 1945—1949“ erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Laufs, und der Justitiar der Fraktion, Franz Möller:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine Kommission eingesetzt, die sich mit den Enteignungen befassen soll, die auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage in der Zeit von 1945 bis 1949 im Bereich der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone durchgeführt wurden. Die Kommission hat den Auftrag, Art und Möglichkeiten staatlicher Ausgleichsleistungen für derartige Enteignungen zu prüfen. Sie hat jetzt ihre Arbeit aufgenommen.

Die Fraktion greift damit frühzeitig eine äußerst brisante und vielschichtige Problematik auf. In den Jahren nach dem Ende des Krieges haben viele Menschen in der sowjetischen Besatzungszone durch Enteignungen bitteres Unrecht erlitten. Die sog. demokratische Bodenreform führte zur Enteignung von weit über 3000 Industriebetrieben und von über 3 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftlicher Flächen ohne Entschädigung.

Nach so langen Jahren kann die gesamte historische Entwicklung nicht rückgängig gemacht werden. Es müssen Wege für einen vernünftigen Ausgleich gesucht werden. Eine zügige Behandlung dieser schwierigen Thematik wird dazu beitragen, Hindernisse in den neuen Ländern für den dringend erforderlichen raschen Aufschwung zu beseitigen. Innen- und

auch außenpolitische Rücksichtnahme auf verständliche Ressentiments ist bei dieser Aufgabe dringend geboten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion entspricht damit einem Auftrag, der im Einigungsvertrag vorgezeichnet ist. Nach der Gemeinsamen Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990 sind die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) „nicht mehr rückgängig zu machen“.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis genommen.

Die Koalitionsvereinbarung vom Januar 1991 fordert deshalb unter Bezug auf diese Erklärung, daß eine gesetzliche Regelung des Ausgleichs für Enteignungen alsbald in Angriff genommen werden muß. Allerdings setzt dies voraus, daß das Bundesverfassungsgericht, dem in dieser Sache mehrere Verfassungsbeschwerden vorliegen, im Sinne des Einigungsvertrages entscheidet.

Vorbereitung und Prüfung einer Ausgleichsgesetzgebung werfen nicht nur rechtliche, sondern auch städtebauliche, landwirtschaftliche, wirtschaftliche sowie haushalts- und finanzpolitische Aspekte und Probleme auf. Dabei werden die außenpolitischen Belange Deutschlands berücksichtigt. Die Kommission wird diese Fragen zügig angehen und noch vor der Sommerpause erste Arbeitsergebnisse vorlegen.

Sozial erträgliches Mietniveau durch Wohngeld

Die Wohnungsbaupolitik in der bisherigen DDR war entsprechend der Beschlüsse der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED vom 2. Oktober 1973 „in erster Linie durch den Klassencharakter unserer sozialistischen Gesellschaft“ bestimmt. „Der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse“, so heißt es da weiter, „um ihre soziale Befreiung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung war und ist in jeder Phase verbunden mit dem Ringen, menschenwürdige Wohnbedingungen für die Arbeiter und alle Werktätigen zu schaffen.“

In der Praxis wurde dieses Programm so umgesetzt, daß der Neubau unter weitgehendem Ausschluß von privaten Investoren forciert und der vorhandene Gebäudebestand, trotz anderslautenden Verfassungsauftrages in Artikel 37 der DDR-Verfassung, de facto dem Verfall preisgegeben wurde. Denn bis heute gilt in Ostdeutschland, nur unwesentlich verändert, die Preisstoppverordnung vom 26. November 1936 mit Mieten im Altbau zwischen 40 und 80 Pfennig je Quadratmeter Wohnfläche und Monat, in Großstädten ein wenig mehr.

Sozialistische Politik unsozial

Diese angeblich soziale Politik zeigt folgende Ergebnisse:

Das Durchschnittsalter der derzeit rund 7,1 Mio. Wohnungen beträgt 58 Jahre. 23 Prozent verfügen nicht über ein Bad oder eine Duschgelegenheit, 30 Prozent über keine Innentoilette. Etwa die Hälfte

aller Wohnungen wird noch mit Einzelöfen beheizt, was wiederum die Umweltbelastung in den ostdeutschen Ländern wesentlich verschärft, da diese Heizung in großem Umfang mit schadstoffreichen Braunkohlenbriketts erfolgt.

Fast ein Viertel der Altbausubstanz ist nicht mehr bewohnbar oder so stark baufällig, daß deren Erhalt stark gefährdet ist. Im Jahr der deutschen Vereinigung lagen deshalb 750 000 Anträge in den ostdeutschen Bundesländern auf Wohn-

Von Dietmar Kansy, wohnungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestags- fraktion

raumzuweisung vor. 1990 ist übrigens das Jahr, für das die SED vor zwei Jahrzehnten angekündigt hatte, „die Wohnungsfrage als soziales Problem gelöst zu haben“.

Der zentrale Punkt für diese katastrophale Situation ist bis heute das in den neuen Bundesländern geltende Mietrecht. Nicht nur jeder Verantwortliche in der ehemaligen DDR, sondern auch die meisten Menschen wußten, daß solche Mieten nicht imstande sind, die Kosten auch nur annähernd zu decken. So lag bereits dem vorletzten Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, der dringende Wunsch seiner Fachleute vor, doch endlich eine angemessene Mietanhebung vorzunehmen.

Er ließ die Wünsche in der Schublade verschwinden. Die Häuser verfielen weiter.

Anpassung mit Einkommenssteigerungen

Im Einigungsvertrag wurde festgelegt, daß diese Anpassung im Gleichklang mit der Erhöhung der Einkommen in den östlichen Bundesländern passiert. Die Vorschläge der Koalition entsprechen diesem Auftrag. Sie bestehen aus zwei gleich wichtigen Teilen:

Mit der Grundmietenverordnung, der Betriebskosten-Umlageverordnung und der Instandsetzungskostenverordnung wird den Wohnungsunternehmen und Hauseigentümern schrittweise ermöglicht, zu kostendeckenden Mieten zu kommen.

Über ein spezielles Wohngeld-Ost, das kein Almosen ist, sondern ein Instrument unserer Wohnungspolitik, wird dieser Prozeß sozial flankiert, um eine Überforderung der Mieter zu verhindern. Unsere Vorgabe für das noch im Parlament zu beratende Wohngeldgesetz ist, daß die Brutto-Kaltmiete unter Einbeziehung des Wohngeldes im Schnitt etwa 10 Prozent des Netto-Haushaltseinkommens betragen soll.

Über die Jahre, bis zur Anpassung der Einkommen und Renten an den westlichen Standard, wird sich dies dann auf die in den westlichen Bundesländern übliche Belastung von im Schnitt etwa 20 Prozent erhöhen. Die am Anfang nur halb so hohe Belastung des Haushaltsbudgets im Osten gegenüber dem westlichen Teil Deutschlands ist keine Bevorzugung, sondern gerechtfertigt. Andere Haushaltsposten, wie Lebensmittel, Energie, Post, Kleidung usw. haben bereits Westniveau ohne vergleichbare Einkommen. ■

Aus dem Bildungsprogramm der KAS:

Veranstaltung Nr. 89 Verkehrsprobleme in städtischen Ballungszentren

Fachtagung für politische Funktions- und Mandatsträger im kommunalen Bereich

24. bis 26. April 1991

Hauptthemen:

- Verkehrsinfarkt? — Ursachen, Ausmaß, Prognosen
- Verkehrsprobleme in Ballungszentren der neuen Bundesländer — Das Beispiel Leipzig
- Werden die Innenstädte für den Individualverkehr gesperrt? — Das Beispiel Bonn
- Verkehrsplanung und politische Entscheidung
- Von der „autogerechten“ zur „autofreien“ Stadt? — Städtebaulicher Handlungsbedarf zwischen zwei Utopien
- Öffentlicher Personennahverkehr — Eine unattraktive Alternative
- Vom Liebling zum Buhmann — Zur Zukunft des Autos in städtischen Ballungsräumen

Die Veranstaltung findet in Schloß Eichholz statt. Anmeldung und weitere Informationen: Konrad-Adenauer-Stiftung, Institut für Politische Bildung, Schloß Eichholz, 5047 Wesseling

„Global denken, lokal handeln“

Forschung zum Schutz der Umwelt

Das Umweltbewusstsein und das Bewußtsein für gefährliche Veränderungen in unserer Umwelt sind weltweit wachgerüttelt. Dabei hat sich ein deutlicher Wandel herausgebildet: Früher war der Blick beschränkt auf die Ursachen von und die Lösungen für lokale und regionale Belastungen wie die Verschmutzung eines Flusses oder die von einer Produktionsanlage ausgehende Schwermetallemission.

Heute sind zusätzlich die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Komponenten des „Systems Erde“ (Erdkörper, Ozean, Atmosphäre, belebte Welt) und den verschiedenen Ebenen (lokal, regional, kontinental, global) ins Blickfeld getreten. Es ist deutlich geworden, daß wir in einer Welt leben, daß wir alle betroffen werden von Veränderungen wie etwa dem Abbau des stratosphärischen Ozonschildes, dem Rückgang der tropischen Regenwälder, den Klimaänderungen aufgrund der Erwärmung der Erde sowie der Verschmutzung der Meere.

Es ist daher erforderlich, daß sich die Forschung dieser Fragen verstärkt annimmt und — im Blick auf das Ganze und die langfristige Bewahrung der Schöpfung — ein besseres, ganzheitliches Verständnis der Zusammenhänge entwickelt. Gemeinsam sind Wissenschaft und Politik aufgerufen, sinnvolle Strategien zum Erhalt der Umwelt und unserer Lebensbedingungen zu entwerfen.

Angesichts der hohen Komplexität und Vernetzung der hier einzubeziehenden Prozesse kann diese Aufgabe nur durch gründliche wissenschaftliche Analyse und Prognose und konsequente Umset-

zung in vorsorgende politische Entscheidungen gelöst werden. Diese Aufgabenstellungen und die bisher erzielten Ergebnisse müssen aber auch der Öffentlichkeit gegenüber stärker ins Bewußtsein gerückt werden.

Seit Jahren wird bereits an einer Fülle von Einzelthemen mit Bezug zu den globalen Umweltveränderungen gearbeitet. Das Forschungsministerium wendet hierfür jährlich rund 230 Millionen Mark auf. Die Bundesrepublik Deutschland liegt damit in Europa deutlich an der Spitze (Frankreich 72 Millionen Mark, Großbritannien 77 Millionen Mark, Niederlande 66 Millionen Mark). Zusätzliche Aufwen-

**Von Heinz Riesenhuber,
Bundesminister für
Forschung und Technologie**

dungen betreffen die Entwicklung für umweltfreundliche Technologien (rund 140 Millionen Mark in 1990), für erneuerbare Energietechnologien und rationelle Energieverwendung (rund 300 Millionen Mark in 1990) sowie im Rahmen von ESA-Projekten für Satelliten zur Erdbeobachtung.

Nach der bereits seit Jahren erfolgreich laufenden Wanderausstellung „Welt-raumforschung — Nutzen für alle“ stellt eine jetzt eröffnete Wanderausstellung „Umweltforschung“ ein weiteres bedeutendes Forschungsgebiet der breiten Öffentlichkeit vor. Sie faßt erstmalig ausgewählte Forschungsergebnisse und Lösungsansätze aus dem Bereich der

Umweltforschung anschaulich zusammen. Damit soll gezeigt werden, daß neben den vielen Appellen zur Schonung der Umwelt bereits eine ganze Reihe von Möglichkeiten zur Umweltentlastung erforscht worden sind und Anwendung finden.

Dies gilt sowohl für die industrielle Produktion wie auch für den privaten Bereich. Jeder ist eingeladen, sich zu informieren und sein Umweltbewußtsein zu schärfen. Insbesondere haben Schulklassen hier die Möglichkeit, Unterrichtsinhalte anschaulich zu gestalten. Um eine

Die Probleme im Zusammenhang

möglichst breite Resonanz zu finden, wird die Ausstellung vorwiegend in Städten mittlerer Einwohnerzahl in ganz Deutschland gezeigt werden. Als Ausstellungsorte dienen Rathäuser, Stadthallen, regionale Messen etc.

Inhaltlich ist die Wanderausstellung, die ständig fachkundig begleitet wird, in die drei Umweltmedien Wasser, Boden und Luft gegliedert. Die drei Bereiche sind jedoch nicht voneinander getrennt zu betrachten, was auch in der Forschung deutlich wird. Diese ist nicht auf Einzelprobleme ausgerichtet, sondern berücksichtigt die Komplexität der Ökosysteme.

Die Ausstellung soll den Besuchern zeigen, welche Verbesserungen zur Vermeidung von Umweltbelastungen bereits durch die Forschung erreicht wurden und noch erreicht werden können. Im Bereich „Wasser“ werden Modelle und Schautafeln zu den Themen Abwasser, Grundwasser, Meer- und Abwasserentlastung gezeigt. So kann man zum Beispiel an dem Modell der Kläranlage Geldern ein biologisches Klärsystem studieren. Anhand einer Fließgraphik wird die Aufbereitung von nitrathaltigem Grundwasser mit Hilfe eines denitrifizierenden

Wasserpflanzen-Boden-Filters in Kombination mit vorgeschalteten Strohfaltern und nachgeschalteter Bodenpassage dargestellt.

Der Bereich „Boden“ unterteilt sich in Abfall, Altlasten, Ökosystemforschung und Waldschadensforschung. Hier wird zum Beispiel eine schadstoffarme Müllverbrennungsanlage, die eine Rauchgasreinigung mit Rückstandsbehandlung beinhaltet, gezeigt, sowie eine Wiederaufbereitungsanlage für kontaminierte Böden. Ein ganz praktisches Beispiel zur Vermeidung von Abfall stellt der „eßbare Joghurtbecher“ dar, der in der Ausstellung verzehrt werden kann.

Der Bereich „Luft“ unterteilt sich in Emissionserfassung und -minderung, Kraftwerkstechnik, erneuerbare Energien, Klimaforschung, Umwelt und Gesundheit. Hier wird zum Beispiel die Fließgraphik des Verfahrensschemas eines Kombikraftwerkes mit integrierter Flugstromvergasung gezeigt. Eine solche

Die Ausstellung wurde in Bonn eröffnet. Nach den Stationen Trier (März) und Halle vom 21. 3. bis 14. 4. wird sie in Mannheim (27. 4. bis 7. 5.) und Jülich (17. 5. bis 27. 5.) zu sehen sein.

Flugstromvergasung hat unter anderem den Vorteil, sowohl Steinkohle als auch Braunkohle, als auch aschereiche und salzhaltige Kohlen verarbeiten zu können, so daß auch Kohlen minderer Qualität ohne die bisherigen Umweltbelastungen mit hohem Wirkungsgrad genutzt werden können.

Praktizierter Umweltschutz stellt in den nächsten Jahren eine der größten Herausforderungen an uns alle dar. Die Wanderausstellung des Forschungsministeriums leistet hierzu einen aktuellen Beitrag. Jeder ist gefordert, die Umwelt in sein Denken und Handeln miteinzubeziehen!

Landesparteitag in Bielefeld

Unsere europäische Verantwortung: Wir wollen Frieden in Freiheit

Der Parteitag hat Norbert Blüm als Landesvorsitzenden der CDU NRW für weitere zwei Jahre mit einem Ergebnis von 87 Prozent bestätigt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herbert Reul, wurde mit fast 93 Prozent zum neuen Generalsekretär gewählt.

Der Parteitag setzte sich nicht nur mit landespolitischen Themen auseinander, sondern diskutierte auch Aufgabenstellungen der Politik der 90er Jahre in Deutschland und weltweit. Der polnische Botschafter in Österreich und Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Professor Dr. Wladyslaw Bartoszewski, hielt das Hauptreferat zum Thema „Grenzenlos leben?“.

Aus der Rede des Landesvorsitzenden Norbert Blüm:

Die Ereignisse der letzten 12 Monate liefern Stoff für ein ganzes Jahrhundert. Es begann kurz nach der 40-Jahr-Feier der DDR. Im Überheblichkeitsgefühl des Systems zelebrierte die SED den vermeintlichen Triumph des Sozialismus. Noch keine 4 Wochen später war die SED-Macht wie ein Spuk verfliegen. Über Nacht brach das machtgestützte Kartell zusammen. Und dann kam sie unaufhaltsam: die Wiedervereinigung. Von manchen längst zu den Akten gelegt, von den anderen ersehnt, von anderen bekämpft.

Die Einheit: Sie kam nicht auf dem Papier abstrakter Theorien und auch

nicht auf Kommando von oben. Die Menschen schufen sich ihre Realitäten. „Wir sind ein Volk“ — das war das Programm der Einheit.

Deutsche Einheit: Nur im Blitzlicht einer historischen Sekunde hatte sie ihre Chance. Und Helmut Kohl und die Christlich Demokratische Union haben diese Sekunde genutzt. Ein Zögern und Zaudern, ein langsames Zusammenwach-

8. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen am 1./2. März 1991 in Bielefeld

sen, ein behutsames Konföderieren, und wir hätten den Augenblick der Geschichte verpaßt.

Die CDU war immer zum richtigen Zeitpunkt da:

1948: Einführung der Sozialen Marktwirtschaft

1949: Gründung der Bundesrepublik Deutschland

1990: Deutsche Einheit

„Wir sind ein Volk“ — das ist nicht Zukunft, sondern Gegenwart. Wir sind ein Volk, das ist nicht Erwartung, sondern Wirklichkeit. Keine Mauer kann uns fortan trennen! Bei der Bewertung aller Schwierigkeiten dürfen wir den Zuwachs an Freiheit durch Einheit nicht unterschlagen. Diesen Fortschritt verdanken wir

- dem Mut der Bürger in der DDR
- der Entschlossenheit Helmut Kohls
- der Bereitschaft Lothar de Maizières
- der Solidarität unserer Verbündeten
- der Einsicht Michail Gorbatschows.

Die Geschichte erlaubt keine Versteckspiele. Wir stellen uns — oder wir werden gestellt.

Deshalb unsere Verantwortung in drei Dimensionen:

- in der Welt
- in Deutschland
- in Nordrhein-Westfalen.

Es sind drei Dimensionen einer Sache, nämlich der Verantwortung.

Neue Konfrontationen

Gebannt von der Ost-West-Konfrontation sahen wir in ihr die alles dominierende Kriegsgefahr. Das war „naheliegend“. Denn die Schnittstelle der Konfrontation verlief mitten durch Deutschland. Die Frontlinie des kalten Krieges trennte Berlin. Mit der Überwindung der deutschen Teilung trat diese Konfrontation zurück. Und wir wähten uns am Beginn eines Zeitalters des ewigen Friedens.

Saddam Hussein hat uns in die Realität einer Welt gestürzt, die noch immer vom Irrsinn der Aggression und des Imperialismus gequält wird.

Ohne das bewaffnete Nein der Vereinigten Staaten und der verbündeten Armeen wäre es nicht möglich gewesen, Saddam Hussein die Waffen, mit denen er Menschen und Natur terrorisierte, aus der Hand zu schlagen. Dafür sagen wir den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten Dank. Vielleicht hätte ihn ein längeres Embargo gegen den Irak ebenso in die Knie gezwungen. Denn nur das allerletzte Mittel darf der Krieg sein.

Ich sehe noch das Gruppenbild des Münchner Abkommens von 1938: Chamberlain, Daladier, Mussolini, Hitler. Damals glaubte man, durch Nachgeben den Aggressor Hitler besänftigen zu können. Es war ein tödlicher Irrtum für 60 Millionen Menschen, die im 2. Weltkrieg ihr Leben ließen.

Solidarität ist keine Einbahnstraße

Wir verdanken unseren Frieden, den wir über 4 Jahrzehnte genießen, dem Bündnis der freien Völker. Aber die NATO ist nicht zum alleinigen Schutz Deutschlands eingerichtet. Ein Bündnis ist auf wechselseitigen Schutz angewiesen. Wir verabschieden uns aus Bündnis und Solidarität, wenn unser Beistand nicht auch denen gilt, die uns in der Bedrohung beistanden, wenn sie in Bedrohung geraten.

Europäische Verteidigungsgemeinschaft

Ich wünsche mir eine Bundeswehr als Teil einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, und ich wünsche mir ein bewaffnetes Weltgewissen, institutionalisiert in der UNO und ausgerüstet mit einer Weltpolizei, zu der wir unseren Beitrag leisten: eine Eingreiftruppe, die kollektives Verbrechen verfolgt und Aggressoren in die Schranken weist.

Wehrpflichtarmee: Bürger für Bürger

Wir wollen die Bundeswehr als die Bundeswehr des Volkes. Deshalb muß unsere Bundeswehr eine Bundeswehr der Wehrpflichtigen bleiben. Deshalb ist die Alternative zwischen Berufsheer oder Wehrpflichtigenarmee in unserer Tradition nicht nur eine Organisationsalternative, sondern vor allem eine Frage des Selbstverständnisses des Staates als demokrati-

scher Gemeinschaft. Die Bundeswehr muß bleiben, was sie seit Beginn immer war: Mandatsträger des Volkes durch Bürger in Uniform.

Waffenhandel stärker kontrollieren

Waffen gehören in die Hände der Friedfertigen. Am besten sind die Waffen in den Händen von Demokratien aufgehoben. Deshalb kein Waffenhandel mit Diktaturen! Waffenproduktion geschieht in internationaler Arbeitsteilung. Deshalb kann ihre Kontrolle auch nur international sein.

Ich verlange eine europäische Konvention zum Waffenhandel, abgestimmt mit der NATO!

Frieden braucht Gerechtigkeit

Friede ist mehr als die Abwesenheit des Krieges. Deshalb kann der Frieden sich nicht nur auf die Abschreckung der Waffen stützen. Die Mutter des Friedens ist die Gerechtigkeit. Ungerechtigkeit gefährdet das friedliche Zusammenleben eines Volkes und der Völker. Systeme der Unterdrückung haben immer in der Versuchung gestanden, den Druck im Inneren durch Ablenkung nach außen zuzulassen.

Menschenrechte und Friedensordnung im Nahen Osten

Kampf für Gerechtigkeit und gegen Unterdrückung ist auch ein Kampf für den Frieden. Gerechtigkeit beginnt bei der Achtung der Menschenwürde. Der Nahe Osten wird nur befriedet durch eine gerechte Friedensordnung. Das Gefälle zwischen Reich und Arm kann auch im Nahen Osten nicht so bleiben, wie es ist. Die reichen Ölländer werden ihren



„Wir können viel bewegen und gestalten, wenn viele mitmachen und wenn Politik Spaß macht.“ Mit diesem Appell zu einem gewandelten Selbstverständnis der Oppositionspartei CDU Nordrhein-Westfalen stellte sich Herbert Reul, der neue Generalsekretär, den Delegierten des Bielefelder Parteitags vor. Herbert Reul wurde am 31. August 1952 geboren, ist verheiratet, hat drei Kinder und arbeitete bis 1985 als Studienrat am Gymnasium. Er ist Kreisvorsitzender im Rheinisch-Bergischen Kreis. Seit 1985 gehört er dem Landtag an und vertritt die CDU-Fraktion als schulpolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Reichtum mit den Armen ihrer Region teilen müssen.

In eine Friedensordnung für die Zukunft muß das Existenzrecht Israels ebenso eingeschlossen sein wie die Menschen- und Existenzrechte der Palästinenser. In einer großen Konferenz, verglichen der KSZE-Anstrengung, muß die Befriedung des Nahen Ostens versucht werden.

Ein großer Dialog zwischen Islam, Judentum und Christentum könnte einen Dienst am Frieden der Menschheit leisten. ■

Landesparteitag in Spaichingen

Erwin Teufel: Wir können 1992 die absolute Mehrheit erreichen

Am 2. März 1991 fand im südbadischen Spaichingen der 30. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg statt. Neben Reden des Ministerpräsidenten Erwin Teufel und des Landesvorsitzenden Lothar Späth stand die Beratung von 40 Anträgen für die 480 Delegierten auf dem Programm.

Ministerpräsident Teufel, der in seiner Rede die politischen Ziele seiner Regierung aufzeigte, nannte als eine wichtige Aufgabe, den Sozialstaat um eine „neue Kultur des Helfens“ zu erweitern. Dies könne beispielsweise geschehen durch die Ökologisierung der sozialen Marktwirtschaft, durch die humane Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels sowie das Eintreten für eine politische Einigung Europas.

Die Partei forderte Teufel nachdrücklich auf, „ruhig mehr Profil zu zeigen“ und die Konturen für eine christdemokratische Politik zu schärfen. Bei der Suche nach neuen geistigen Werten müsse die Partei über den „Tellerrand“ hinaus denken und handeln.

Dazu sei es auch nötig, von den gewaltigen gesellschaftlichen Veränderungen Kenntnis zu nehmen und sich darauf einzustellen. Wenn es gelänge, alle Kräfte in der Partei zu bündeln, sei er sicher, daß bei der Landtagswahl 1992 die absolute Mehrheit wieder zu erreichen wäre.

Landesvorsitzender Lothar Späth ging in seiner Rede zunächst auf die Krise am Golf ein und forderte, das souveräne Deutschland müsse umgehend seine Position in der UNO klären. Es ginge nicht

an, daß Deutschland weiterhin auf eine Sonderrolle pochen könne. Vielmehr müsse es in den Vereinten Nationen die gleichen Verpflichtungen erfüllen wie alle anderen souveränen Staaten.

Wichtig sei es außerdem, den amerikanisch-deutschen Dialog voranzubringen und dabei die Bürger aus Ostdeutschland mit einzubeziehen.

An die Partei wandte sich der Landesvorsitzende mit der Bitte, die langfristigen Perspektiven im Wandel der Gesellschaft nicht außer Acht zu lassen und die Arbeit an der „Kommission 2000“, die im Auftrag der Landes-CDU geleistet worden sei, aktiv zu unterstützen.

Bis Herbst 1991 habe die Partei Gelegenheit, die Arbeitsergebnisse zu diskutieren und dann als Grundsatzprogramm auf dem nächsten Landesparteitag zu verab-

30. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg am 2. März 1991 in Spaichingen

schieden. „Wir müssen uns mit dem Menschen und dessen Lebenswünschen und Entwürfen auseinandersetzen“, betonte Späth.

Im Blick auf die neuen Bundesländer riefen sowohl Ministerpräsident Teufel wie auch der Landesvorsitzende die Delegierten zu verstärkter Solidarität auf. Die Unterstützung des Reformkurses im Osten sei darüber hinaus unabdingbar

und sicher eine der „mühsamsten und langfristigen“ Aufgaben für die westeuropäischen Staaten.

Lebhaft ging es bei der anschließenden Beratung der Anträge im Plenum zu.

Kontrovers diskutiert wurde dabei die Frage, ob Berlin auch Regierungssitz werden solle. Während die Antragskommission für Berlin als Amtssitz des Bundespräsidenten und Bonn als Regierungs- und Parlamentssitz votiert hatte, sprach sich die Mehrheit der Delegierten für Berlin als Regierungssitz aus.

Mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde von den Delegierten dagegen der Antrag der Jungen Union Baden-Württemberg, Bürgermeister zukünftig nicht mehr in den Kreistag zu wählen. Die Delegierten übernahmen damit die Meinung des Landesvorstandes, der in der Mitgliedschaft von Bürgermeistern in den Kreistagen „gewachsene Elemente“ in der Politik von Baden-Württemberg sieht.

„Darin drücke sich nicht nur der demokratische Wählerwille aus, der über die Entsendung in Parlamente entscheidet, sondern auch das Bestreben, den Sachverstand der jeweils unteren in die höhere politische Ebene einzubringen.“

Kindergeld als „Geburtshilfe“

Angenommen wurden weiterhin zwei an den Bundestag bzw. die Bundesregierung gerichteten Anträge mit dem Ziel, werdenden Müttern bereits für die neunmonatige Schwangerschaft Kindergeld zu gewähren, das sofort nach der Niederkunft als „Geburtshilfe“ ausgezahlt werden sollte.

Zugestimmt hat der Parteitag einem Antrag, nach dem sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Stuttgarter Landesregierung für die rasche Einführung einer Pflegeversicherung stark machen sollen, damit nicht erst im Juni

1992 ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt wird.

An den Landesvorstand überwiesen wurde ein Antrag des CDU-Stadtverbandes Filderstadt, Waffenexporte nur noch in NATO-Länder zuzulassen.

Mehr Chancen für Frauen

Ein Entschließungsantrag über die verstärkte Förderung von Frauen in der Partei kam aus Zeitgründen nicht mehr zur Abstimmung und wird auf dem nächsten Parteitag ausführlich beraten.

Parteichef Späth mahnte die CDU zur engagierten Auseinandersetzung in dieser Frage: Wer ohne Frauenquote auskommen wolle, der müsse auch beweisen, daß Frauen auch ohne diese Quote in der Partei eine Chance haben.

Demonstranten zeigten barbarische Züge

Scharfe Angriffe richtete die Junge Union Hessen gegen die Demonstranten, die in den vergangenen Tagen im Rhein-Main-Gebiet vor Krankenhäusern gegen die mögliche Behandlung amerikanischer Verwundeter demonstriert haben.

„Wir verurteilen diese Haltung als barbarisch und ideologisch verblendet“, erklärte der JU-Landesvorsitzende Volker Hoff in Wiesbaden. Wer es von der politischen Haltung der Betroffenen oder dem politischen Standpunkt ihrer Nation abhängig mache, ob er einem Notleidenden helfen wolle, der offenbare, „daß ihm Menschlichkeit ein vollkommen fremder Begriff ist“.

Hoff forderte die Demonstranten auf, zur Vernunft zurückzukehren und ihre Friedensliebe nicht gegen eine blutig anmutende Ideologie einzutauschen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

CDU extra Bundeskanzler Helmut Kohl:
Wir zeigen Solidarität

In einer schwierigen Situation haben wir die notwendigen Entscheidungen getroffen.

Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost

Die Köpfe von CDU und FDP hat sich auf ein „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“ mit einem Gesamtwert von 12 Mrd. DM verständigt. Für die Bundesregierung ist dies ein Schritt zur Unterstützung kommunaler Investitionen mit hoher Beschäftigungswirkung, es geht um einen Investitionsbetrag von rund 300 Mrd. pro Einwohner. Mit diesem Geld können Landstraßen und Bürgermeister in einem stark vereinfachten Verfahren noch im April/Mai aufträge vergeben, insbesondere zur Instandsetzung von Schulen, Altenheimen und Krankenhäusern. Diese Aufträge sol-

ten vor allem dem örtlichen Handwerk und dem örtlichen Mittelstand zu Gute kommen.

Darüber hinaus stellt die Bundesregierung ebenfalls im Rahmen des „Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost“ ein Programm in Höhe von sieben Mrd. DM zur Verfügung, mit dem weitere zusätzliche Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und für den verstärkten Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Gang setzen wollen.

Wenn man das zusammenfaßt, was die Bundesregierung zugunsten der neuen Länder jetzt zusätzlich zur Verfügung stellt, dann ergibt sich ein Gesamtbetrag

von 17 Mrd. DM – bestehend aus fünf Mrd. DM zur Stabilisierung der Haushalte von Ländern und Gemeinden und 12 Mrd. DM für das „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“.

Könnte man die bereits genannten Leistungen des Bundes für die neuen Bundesländer für den Zeitraum Mitte 1990 bis Ende 1991 mit 25 bis 30 Mrd. DM hinzu, dann ergibt sich ein Gesamtwert von 12 Mrd. DM. Diese Zahl spricht für sich selbst. Sie zeigt, daß die Bundesregierung die Grenze des Möglichen in Bezug auf Finanz- und Haushaltspolitik nicht verfehlen und möglichst ist.

Was ist in dieser kritischen Zeit des Übergangs konkret zu tun? Ich habe vor allem drei Punkte:

Erstens müssen wir Verwaltungen und Justiz in den neuen Bundesländern funktionsfähig machen.

Zweitens müssen wir die Infrastrukturalien der Länder und Gemeinden in den neuen Ländern verbessern.

Drittens ergreifen wir zusätzliche Maßnahmen für mehr Investitionen und Beschäftigung.

Alle drei Aufgaben haben eines gemeinsam: Sie können nur erfolgreich gelöst werden, wenn Bund und Länder sich dieser Gesamtverantwortung gemeinsam stellen.

Schon jetzt beträchtliche Leistungen für die neuen Länder

Im zweiten Halbjahr 1990 – also nach Vollzug der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – waren es ca. 15 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt für den östlichen Teil Deutschlands. Im Jahr 1991 sind es mehr als 50 Mrd. DM. Dies ergibt eine Gesamtsumme von 85 Mrd. Mark für die neuen Bundesländer allein aus dem Bundeshaushalt.

Reiner hat die Bundesregierung in diesen Tagen das Gesamtkreditprogramm für kommunale Infrastrukturinvestitionen von 10 und 15 Mrd. DM aufgeduldet.

Wenn Verwaltungsstrukturen unterteilt die Bundesregierung - neben der Entsendung eigener Mitarbeiter - die örtlichen Landräte, Städte und Gemeinden bei der Gewinnung von Fachkräften für ihre Verwaltungen. Das entgegengesetzte Personalkostenzu-

schußprogramm für 1991 ist seitens von 50 Mrd. auf 100 Mrd. DM erhöht worden. Damit können bis zu 2.000 Fachkräfte in die neuen Bundesländer entsandt werden.

Im Blick auf die schwierige Personalsituation im Bereich der Justiz hat die Bundesregierung ein konkretes Sofortprogramm von jährlich 120 Millionen für die neuen Bundesländer in Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern können jetzt sehr rasch bis zu 2.300 Richter, Staatsanwälte und Rechtshelfer in die neuen Bundesländer entsandt werden.

Zu besseren Finanzverhältnissen der neuen Länder und ihrer Gemeinden hat die Bundesregierung auf ihren Anteil am Fonds Deutsche Einheit im Höhe von ca. 5 Mrd. DM verzichtet.



Aktuelles Zeitungs-Flugblatt zum Thema „Steuern“

Mit einer Auflage von 1,1 Millionen Exemplaren hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle am 5. März das links abgebildete Zeitungs-Flugblatt (A 3) zum Thema „Steuern“ auf Bestellung an rund 165 der insgesamt 250 Kreisverbände sowie in die neuen Bundesländer geliefert. Es enthält die Erklärung, die der Bundeskanzler am 28. Februar vor der Bundespressekonzferenz abgegeben hat (siehe Aufmacher Seite 2 bis 5). Erste Exemplare waren bereits am Sonntagabend, den 2. März, auf den Landesparteitagen der nordrhein-westfälischen CDU in Bielefeld und der baden-württembergischen CDU in Spaichingen verfügbar. Am Montag wurde das Flugblatt im Rahmen einer Pressekonzferenz des Generalsekretärs im Konrad-Adenauer-Haus der Bonner Presse vorgestellt.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementpreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

UID

8/91